

Nr. 681

Gebührentarif und Kostenverordnung für die Staatsverwaltung *

vom 28. Mai 1982 (Stand 1. Februar 2018)

Der Regierungsrat des Kantons Luzern,

gestützt auf § 13 Absatz 1 des Gebührengesetzes vom 14. September 1993¹ sowie § 194 Absatz 1 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 3. Juli 1972²,
auf Antrag des Finanzdepartementes, *

beschliesst:

1 Regierungsrat und Staatskanzlei *

§ 1 * *Gebührenansätze*

¹ Die Gebühren für Entscheide des Regierungsrates sowie für Verrichtungen der Staatskanzlei betragen:

1. Spruchgebühr für einen Entscheid des Regierungsrates: Fr. 200.– bis Fr. 25 000.–.
Bei grossen wirtschaftlichen Interessen der Parteien kann die Spruchgebühr angemessen erhöht werden, jedoch höchstens auf Fr. 50 000.–.
2. Ausfertigung eines Entscheids des Regierungsrates (inbegriffen Zustellung), für die Seite: Fr. 23.–
3. Erstellen einer Kopie
 - a. für das erstmalige Kopieren des Originals, je Seite: Fr. 2.30
 - b. für die weitem Kopien, je Seite: Fr. –.35
4. Rechtskraftbescheinigungen: Fr. 35.–
5. Anbringen einer Apostille im Sinn der Artikel 3 ff. des Internationalen Haager Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung vom 5. Oktober 1961³: Fr. 30.–

¹ SRL Nr. [680](#)

² SRL Nr. [40](#)

³ SR [0.172.030.4](#)

* Siehe Tabellen mit Änderungsinformationen am Schluss des Erlasses.

6. Übrige Legalisationen: Fr. 30.–
7. Apostillen und Legalisationen in Adoptions- und Alimentenverfahren: Fr. 10.–
8. Schriftliche Auskunftserteilung und Stellungnahmen mit erheblichem Aufwand, wenn der Anfrager ein wirtschaftliches Interesse an der Auskunft hat, nach Zeitaufwand, pro Stunde: Fr. 55.– bis Fr. 275.–
9. Versenden eines Telefax, je Seite: Fr. 2.30. Dazu kommt die Telekommunikations-Übertragungsgebühr.

2 Departemente und Dienststellen

§ 2 * *Gebührenansätze*

¹ Die Departemente und die ihnen untergeordneten Dienststellen beziehen folgende Gebühren:

1. Spruchgebühr für einen Entscheid: Fr. 200.– bis Fr. 25 000.–. Bei grossen wirtschaftlichen Interessen der Parteien kann die Spruchgebühr angemessen erhöht werden, jedoch höchstens auf Fr. 50 000.–.
2. Ausfertigung eines Entscheids (inbegriffen Zustellung), für die Seite: Fr. 23.–
3. Erstellen einer Abschrift oder eines Auszugs
 - a. für das erstmalige Kopieren des Originals, je Seite: Fr. 2.30
 - b. für die weiteren Kopien, je Seite: Fr. –.35
4. Rechtskraftbescheinigungen: Fr. 35.–
5. Vermittlung von Erbbetreffnissen aus dem Ausland – vom Wert: 1 %, mindestens Fr. 50.–, höchstens Fr. 2500.–
6. Schriftliche Auskunftserteilung und Stellungnahmen mit erheblichem Aufwand, wenn der Anfrager ein wirtschaftliches Interesse an der Auskunft hat, nach Zeitaufwand, pro Stunde: Fr. 55.– bis Fr. 275.–
- 6^{bis}. * Vorprüfung von kommunalen Reglementen und Statuten von öffentlich-rechtlichen Genossenschaften des kantonalen Rechts, nach Zeitaufwand, pro Stunde: Fr. 55.– bis Fr. 275.–
7. Versenden eines Telefax, je Seite: Fr. 2.30. Dazu kommt die Telekommunikations-Übertragungsgebühr.

3 Staatsarchiv

§ 3 * *Gebührenansätze*

¹ Das Staatsarchiv bezieht folgende Gebühren:

1. Nachschlagen in Protokollen oder Akten, nach Zeitaufwand, pro Stunde Fr. 60.– bis Fr. 175.–

2. Transkriptionen, Abschriften, Auszüge, nach Zeitaufwand, pro Stunde Fr. 60.– bis Fr. 175.–
3. * Herstellen von Fotokopien und Scans
 - a. * Fotokopien von Archivunterlagen, Lieferformat Papier, s/w, pro Kopie Fr. 2.10
 - b. * Scans von Archivunterlagen, Lieferformat Datei, pro Scan Fr. 2.10
4. * Fotokopien aus Bibliotheksbüchern durch Benutzer, pro Kopie Fr. –.20
 - a. * ...
 - b. * ...
5. * Kopien bereits vorhandener digitaler Daten, Lieferformat Datei, pro Datei Fr. 1.–
 - a. * ...
 - b. * ...
6. * Rückvergrößerung ab Mikrofilm (Fotonegativ)
 - a. * bei Herstellung durch Benutzer, pro Kopie Fr. –.60
 - b. * bei Herstellung durch das Staatsarchiv: zusätzliche Gebühr nach Aufwand, mindestens Fr. 11.–
7. * Fotoaufnahmen digital, pro Aufnahme inkl. Grundbearbeitung Fr. 80.–
8. * Erstellen einer CD-R (DVD-R), pro CD-R 5.–
9. * Bearbeitungsgebühren für
 - a. Versand (per Mail oder per Post) bei Barzahlung: effektive Kosten, mindestens Fr. 5.–
 - b. Versand (per Mail oder Post) mit Rechnungsstellung: effektive Kosten, mindestens Fr. 25.–

4 ... *

§ 4 * ...

5 Parteientschädigung *

§ 4a * *Entschädigung für das Erscheinen vor Behörden und Sachverständigen*

¹ Wird einer Partei eine Parteientschädigung zugesprochen, hat sie für jedes notwendige Erscheinen vor Behörden oder Sachverständigen Anspruch auf die für Zeugen in der Justiz-Kostenverordnung vom 26. März 2013⁴ vorgesehene Entschädigung. *

² Als notwendig gilt das Erscheinen der Partei

- a. wenn sie die Sache selbst vertritt,
- b. wenn sie zum persönlichen Erscheinen verhalten ist.

⁴ SRL Nr. [265](#)

§ 4b * *Entschädigung für Kosten der berufsmässigen Vertretung*

¹ Die Kosten der berufsmässigen Vertretung, für die gemäss § 201 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege⁵ der obsiegenden Partei eine angemessene Entschädigung oder Vergütung zuzusprechen ist, umfassen das Honorar und die Auslagen.

² Das Honorar entschädigt den Parteivertreter für die Verrichtungen, die unmittelbar mit der Vertretung oder Verbeiständung der Partei im Verfahren vor der Behörde zusammenhängen, namentlich für die Instruktion, die Eingaben an die Behörde, die Teilnahme an den Verhandlungen und die Abschriften von Eingaben oder Belegen für seinen eigenen Bedarf. Für die Rechnungsstellung kann keine Vergütung verlangt werden.

³ Das Honorar beträgt 100 bis 10 000 Franken. Es ist nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand, der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Sache sowie nach dem Streitwert oder den sonstigen Interessen der Parteien an der Beurteilung der Angelegenheit festzusetzen. In ausserordentlichen Fällen setzt die Behörde das Honorar ohne Bindung an die obere Bemessungsgrenze fest.

⁴ Der Parteivertreter hat Anspruch auf Ersatz seiner Barauslagen. Reiseauslagen sind zu vergüten, soweit die Reise notwendig und die Wahl des Verkehrsmittels zweckmässig ist. Bei Benützung des Autos hat der berufsmässige Vertreter Anspruch auf eine Kilometerentschädigung, wie sie den Mitgliedern staatlicher Kommissionen ausgerichtet wird.

§ 4c * *Entschädigung bei unentgeltlicher Rechtspflege*

¹ Dem zur unentgeltlichen Rechtspflege bestellten Anwalt vergütet die zuständige Behörde 85 Prozent des entscheidmässig festgesetzten Honorars und die Auslagen, wenn sein Klient die Kosten zu tragen hat oder wenn die Gegenpartei ebenfalls von der Kostenpflicht befreit ist oder sonst aus einem Grund nicht mit Erfolg belangt werden kann.

6 Besondere Gebührenregelungen

§ 5 *Vorbehalt **

¹ Besondere Gebührenregelungen für einzelne Bereiche der Staatsverwaltung werden vorbehalten.

⁵ SRL Nr. [40](#)

§ 5a * *Minimal- und Maximalansätze* *

¹ Ist für eine Gebühr in diesem Tarif ein Minimal- und Maximalansatz festgelegt, so bemisst sie sich nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand der Behörde, der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Sache sowie nach dem Streitwert oder den sonstigen Interessen der Parteien beziehungsweise Gesuchsteller an der Beurteilung der Angelegenheit.

§ 5b * *Inkassogebühren*

¹ Bei überdurchschnittlichem Aufwand im Mahnungs- und Inkassowesen können folgende Gebühren erhoben werden:

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Mahnspesen ab zweiter Mahnung, pro Mahnung | Fr. 11.– |
| 2. | Bei Teilzahlungen: Bearbeitungszuschlag pro Ratenzahlung | Fr. 5.50 |
| 3. | Betreibungsspesen | Fr. 10.– |

7 Verzicht und Erlass**§ 6**

¹ Die entscheidende Behörde kann auf die Spruch- oder Schreibgebühren ganz oder teilweise verzichten, wenn das Verfahren die Ausübung der politischen Rechte betrifft.

² Das Staatsarchiv kann auf den Bezug von Benützungsgebühren ganz oder teilweise verzichten, wenn die Benützung zu rein wissenschaftlichen Zwecken erfolgt.

³ Die Staatskanzlei kann auf Gebühren für Legalisation ganz oder teilweise verzichten, wenn die entsprechenden Urkunden ausschliesslich gemeinnützigen Zwecken dienen.

⁴ Die entscheidende Behörde kann Spruchgebühren ganz oder teilweise erlassen, wenn keine Vermögensinteressen auf dem Spiele stehen und der Gebührenbezug zu einer Härte führen würde oder sonstwie besondere Gründe dies rechtfertigen.

8 Schlussbestimmungen**§ 7** *Aufhebung bisherigen Rechts*

¹ Durch diesen Gebührentarif werden alle widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere die Verordnung über die Gebühren der Staatsverwaltung (Gebührentarif) vom 23. August 1965⁶.

⁶ V XVI 1116

§ 8 *Inkrafttreten*

¹ Dieser Gebührentarif tritt am 1. Juli 1982 in Kraft. Er ist zu veröffentlichen.

Änderungstabelle - nach Paragraf

Element	Beschlussdatum	Inkrafttreten	Änderung	Fundstelle G
Erlass	28.05.1982	01.07.1982	Erstfassung	G 1982 158
Erlasstitel	02.06.1992	01.07.1992	geändert	G 1992 187
Ingress	17.06.1994	01.07.1994	geändert	G 1994 117
Titel 1	16.12.2003	01.01.2004	geändert	G 2003 421
§ 1	27.11.2009	01.01.2010	geändert	G 2009 444
§ 2	27.11.2009	01.01.2010	geändert	G 2009 444
§ 2 Abs. 1, 6 ^{ter} .	09.01.2018	01.02.2018	eingefügt	G 2018-006
§ 3	27.11.2009	01.01.2010	geändert	G 2009 444
§ 3 Abs. 1, 3.	29.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 3., a.	29.11.2016	01.01.2017	eingefügt	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 3., b.	29.11.2016	01.01.2017	eingefügt	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 4.	29.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 4., a.	29.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 4., b.	29.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 5.	29.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 5., a.	29.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 5., b.	29.11.2016	01.01.2017	aufgehoben	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 6.	29.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 6., a.	29.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 6., b.	29.11.2016	01.01.2017	geändert	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 7.	29.11.2016	01.01.2017	eingefügt	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 8.	29.11.2016	01.01.2017	eingefügt	G 2016-56
§ 3 Abs. 1, 9.	29.11.2016	01.01.2017	eingefügt	G 2016-56
Titel 4	07.04.2014	01.07.2014	aufgehoben	G 2014 181
§ 4	07.04.2014	01.07.2014	aufgehoben	G 2014 181
Titel 5	02.06.1992	01.07.1992	eingefügt	G 1992 187
§ 4a	02.06.1992	01.07.1992	eingefügt	G 1992 187
§ 4a Abs. 1	30.04.2013	01.06.2013	geändert	G 2013 187
§ 4b	02.06.1992	01.07.1992	eingefügt	G 1992 187
§ 4c	02.06.1992	01.07.1992	eingefügt	G 1992 187
§ 5	27.11.2009	01.01.2010	Titel geändert	G 2009 444
§ 5a	02.06.1992	01.07.1992	eingefügt	G 1992 187
§ 5a	27.11.2009	01.01.2010	Titel geändert	G 2009 444
§ 5b	27.11.2009	01.01.2010	geändert	G 2009 444

Änderungstabelle - nach Beschlussdatum

Beschlussdatum	Inkrafttreten	Element	Änderung	Fundstelle G
28.05.1982	01.07.1982	Erllass	Erstfassung	G 1982 158
02.06.1992	01.07.1992	Erlasstitel	geändert	G 1992 187
02.06.1992	01.07.1992	Titel 5	eingefügt	G 1992 187
02.06.1992	01.07.1992	§ 4a	eingefügt	G 1992 187
02.06.1992	01.07.1992	§ 4b	eingefügt	G 1992 187
02.06.1992	01.07.1992	§ 4c	eingefügt	G 1992 187
02.06.1992	01.07.1992	§ 5a	eingefügt	G 1992 187
17.06.1994	01.07.1994	Ingress	geändert	G 1994 117
16.12.2003	01.01.2004	Titel 1	geändert	G 2003 421
27.11.2009	01.01.2010	§ 1	geändert	G 2009 444
27.11.2009	01.01.2010	§ 2	geändert	G 2009 444
27.11.2009	01.01.2010	§ 3	geändert	G 2009 444
27.11.2009	01.01.2010	§ 5	Titel geändert	G 2009 444
27.11.2009	01.01.2010	§ 5a	Titel geändert	G 2009 444
27.11.2009	01.01.2010	§ 5b	geändert	G 2009 444
30.04.2013	01.06.2013	§ 4a Abs. 1	geändert	G 2013 187
07.04.2014	01.07.2014	Titel 4	aufgehoben	G 2014 181
07.04.2014	01.07.2014	§ 4	aufgehoben	G 2014 181
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 3.	geändert	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 3., a.	eingefügt	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 3., b.	eingefügt	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 4.	geändert	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 4., a.	aufgehoben	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 4., b.	aufgehoben	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 5.	geändert	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 5., a.	aufgehoben	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 5., b.	aufgehoben	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 6.	geändert	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 6., a.	geändert	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 6., b.	geändert	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 7.	eingefügt	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 8.	eingefügt	G 2016-56
29.11.2016	01.01.2017	§ 3 Abs. 1, 9.	eingefügt	G 2016-56
09.01.2018	01.02.2018	§ 2 Abs. 1, 6 ^{bn} .	eingefügt	G 2018-006